

Unzufrieden

Vierzig Jahre Politische Wissenschaft

Von Ekkehart Krippendorff

In der Idee leben, heißt das Unmögliche behandeln, als wenn es möglich wäre.

Goethe

Unzufrieden – wie anders könnte und dürfte ich meine Gefühle nennen bei dem Versuch, eine persönliche Bilanz zu ziehen anlässlich des Abschieds von einer Tätigkeit als Hochschullehrer, die ich an der Freien Universität Berlin zwanzig Jahre lang ausgeübt habe, mit der aber eigentlich eine vierzigjährige Lebenszeit an ihr Ende kommt. Sie war einem großen Projekt gewidmet: der Politischen Wissenschaft. Ich nenne es ein Projekt, weil diese Disziplin, in Deutschland ohne akademische Tradition, es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Welt, in der wir leben, und die Gesellschaft, die wir nach den ersten zwölf von 1000 Jahren vorgefunden hatten, später einmal freundlicher, friedlicher, sicherer und versöhnlicher zu hinterlassen. Dieses Projekt Politische Wissenschaft, an dem ich mitgearbeitet habe, wollte sich geistig und moralisch an der Perspektive des verschütteten, aber nicht zerstörten Erbes von Aufklärung und Humanismus orientieren: Friedrich Meinecke, der Gründungsrektor der Freien Universität – und es mag umstandsbedingt gewesen sein, aber doch nicht ohne inneren Zusammenhang, daß hier später die größte deutsche politikwissenschaftliche Fakultät entstand – hoffte nach der „Deutschen Katastrophe“ mit der Bildung einer Art Netzwerk von „Goethe-Gemeinden“ ein Signal für den dauerhaften Ausstieg Deutschlands aus der Machtpolitik setzen zu können, als ersten Schritt zu einem Wiederaufbau, der ein wirklicher Neubeginn wäre. Heute ist gewaltgestützte Machtpolitik wieder voll da, zeigt Deutschland bzw. die deutsche politische Klasse und ihre wissenschaftlich gestützte politische Publizistik sich stolz darauf, daß dieses Deutschland endlich alle Ansätze zu einem solchen oder irgendeinem anderen „Sonderweg“ hinter sich gelassen hat, mit dem eine echte geistig-politische Konsequenz aus der Katastrophe von 1933 gezogen worden wäre. Deutschland ist, zur Erleichterung all derer, die die Anstrengung der Innovation und den Mut zur selbstbestimmten Politik scheuen, endlich so normal geworden wie die anderen Staaten auch.

Noch bis vor wenigen Wochen gab es in Deutschland ein seit 1945 geltendes wissenschaftliches und intellektuelles Tabu: Dem Krieg wurde der althergebrachte Anspruch bestritten, ein legitimes Mittel der Politik zu sein, deren Ultima ratio. Nicht, daß wir die Augen verschlossen hätten vor der auch nach dem Zweiten Weltkrieg nie abgerissenen Kette von Kriegen, aber sie waren gleich-

* Für die „Blätter“ bearbeitete Druckfassung der Abschiedsvorlesung, die Ekkehart Krippendorff am 8. Juli 1999 an der Freien Universität Berlin hielt. – D.Red.

wohl moralisch und politisch als Instrument und Methode der Konfliktaustragung delegitimiert. Jetzt ist dieses Tabu gefallen – ein nur scheinbar geringfügiger, kaum wahrgenommener, geschweige denn reflektierter Vorgang auf der sprachlich-diskursiven Ebene. Aber deutlich spürbar die Folgen: Die große Mehrheit der weitverbreiteten Kriegskritik der letzten Wochen bewegte sich wie selbstverständlich innerhalb der alten, traditionellen Parameter, als hätte es diese letzten 50 Jahre des „Krieg ist kein Mittel der Politik mehr“ nie gegeben. So haben wir im Frühjahr 1999 die stillschweigende Rückkehr zu historisch überholt geglaubten Politikbegriffen und Handlungsoptionen exemplarisch miterlebt. Auf einmal ist es nicht mehr im Grundsatz falsch und ohne Wenn und Aber zu verurteilen, ein Land mit Krieg zu überziehen, also den Krieg als Mittel zur Erreichung – durchaus legitimer! – Zwecke einzusetzen. Dieser Krieg war nur eben nicht genügend durchdacht, war disproportional in Mittel und Zweck, auch inkonsequent, weil z.B. auf Luftangriffe beschränkt, oder vor allem deswegen zu kritisieren, weil er die gewünschten Resultate nicht in der erwarteten Weise erbracht hat. Dieser Paradigmen-Rückfall ist schlimm und gravierend genug – für mich selbst aber enthält er eine zusätzliche Dimension kritisch-bitterer Bilanz, für die das bescheidene Wort „unzufrieden“ nicht ausreicht.

Denn zu der Geschichte, die ich mit meiner Disziplin habe, gehört auch mein frühzeitiges Engagement für eine deutsche Friedensforschung – ja, ich darf ohne falsche Bescheidenheit behaupten, Mitte der 60er Jahre einer der ersten gewesen zu sein, die dafür in der Bundesrepublik wissenschaftlich geworben haben. Das war damals nicht leicht, meinten doch die meisten politologischen und sozialwissenschaftlichen Kollegen: „Ich mache Forschung, ich bin für den Frieden, also mache ich doch längst Friedensforschung.“ Als es dann dank der sozialliberalen Koalition plötzlich Geld und einen Forschungsverbund gab, waren sie natürlich alle dabei – und sprangen dann eben so rasch wieder ab, als die Konjunktur vorüber war. Trotzdem blieben wenigstens zwei große Friedensforschungsinstitute übrig bzw. gingen daraus hervor. Aber der Punkt, auf den es ankommt, ist, daß diese Friedensforschung, die sich zwischen die etablierten Disziplinen schieben sollte, den gesellschaftlichen Auftrag hatte, *neue* Paradigmen der Politikanalyse zu entwickeln – insbesondere für die Außen- und die Internationale Politik. Vielleicht sollte ich bescheidener sagen: Dieses war meine Vorstellung, meine Hoffnung für das Projekt. Zumindest die institutionalisierte Friedensforschung hat nun in den zweieinhalb Monaten NATO-Krieg ihre Stunde der Wahrheit gehabt (wozu die Stellungnahmen einzelner etablierter Friedensforscher zum Golfkrieg vor acht Jahren das Vorspiel boten). Und diese Wahrheit ist, daß von einem neuen politischen Paradigma, von einer radikalen und fundamentalen Politikkritik durch das Aufzeigen und die Entwicklung von nicht-kriegerischen Mitteln zur Lösung sozio-politischer und zwischenstaatlicher Konflikte nichts zu sehen war und ist. Nur von daher aber, von der präventiven Entfaltung politischer Phantasie der Gewaltfreiheit, bezieht die Friedensforschung ihre Legitimation. Tatsächlich haben die großen Institute, obwohl an ihnen viele gute und moralisch engagierte Wissenschaftler tätig sind, in den fast dreißig Jahren ihrer Existenz weder einen politologischen Innovations- und Kreativitätsschub bewirkt, noch zu einer gesteigerten moralischen Sensibilisie-

rung der wissenschaftlich-intellektuellen Diskussion beigetragen. Und wer nun gar in diesem Zusammenhang ganz leise an Friedrich Meinecke und seine Goethe-Gemeinden erinnert – als an eine ethisch-politische Haltung, aus der sich ganz andere Handlungsstrategien hätten entwickeln lassen –, der wird von den kritischen Realisten natürlich nicht einmal belächelt.

*

Ich habe mein Studium der Politikwissenschaft im Sommersemester 1954 in Freiburg begonnen. Genaugenommen im Wintersemester danach – denn daß es überhaupt so etwas wie ein Fach „Politische Wissenschaft“ gab, das wußte ich zunächst gar nicht, als ich nach dem Abitur das Studium der Germanistik (oder von irgendetwas Geisteswissenschaftlichem) beginnen wollte. Ich konnte es auch gar nicht wissen, gab es doch damals in Deutschland überhaupt nur zwei Lehrstühle eines so ausgewiesenen Faches (den anderen hatte Theodor Eschenburg in Tübingen inne, zu dem ich dann später überwechselte).¹ Der Freiburger Lehrstuhlinhaber war Arnold Bergstraesser, soeben erst aus der amerikanischen Emigration zurückgekehrt mit dem „Projekt“, die „Wissenschaft von der Politik“ an deutschen Universitäten zu etablieren, was bedeutete, sie gegen den Argwohn und das disziplinbornierte Mißtrauen von Jurisprudenz („Das machen wir doch längst im Staatsrecht.“) und Geschichte („Politik ist bereits unser ureigenstes Thema.“) mühsam durchzusetzen. (Die Jüngeren seien daran erinnert, daß die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin – das „Stammhaus“ des heutigen OSI [Otto-Suhr-Institut] – nicht nur einzigartig in Deutschland war, sondern eben nicht zur Universität gehörte, weil ihr Gegenstand, die Politik, den akademisch etablierten Disziplinen als nicht wissenschaftsfähig galt.) So jung war dieses Fach damals, daß ich glaube, der erste Politologe der Bundesrepublik geworden zu sein: Denn als ich 1959 an der Universität Tübingen in Politikwissenschaft promovierte, hatten das vor mir zwar schon einige getan – aber sie waren alle „Quereinsteiger“, kamen aus der Philosophie, der Geschichte oder der Jurisprudenz und hatten nicht, wie ich, „schmalspurig“ Politik von Anfang an als Hauptfach studiert. Arnold Bergstraesser nun, dessen Vorlesungen und Seminare mich begeisterten und der mir in einem Orientierungsgespräch schlicht und bündig erklärte: „Sie studieren Politikwissenschaft!“, der hatte in seinem geistigen Gepäck ein Buch mitgebracht, das er gleich nach Kriegsende in den USA als Antwort auf die deutsche Katastrophe und die Sinnkrise des europäischen Zusammenbruchs geschrieben hatte: „Goethe's Image of Man and Society“. Aus diesem Horizont lehrte Bergstraesser – und lernte ich – Politikwissenschaft. Hier, in Literatur, Dichtung und Philosophie, verortete er die Frage nach dem Politischen in Gesellschaft und Geschichte. Die Frage der griechischen Polis-Philosophie nach dem Schönen und Guten war organisch und selbstverständlich integriert in die Vorlesungen, Seminare und auch in unsere Referate zu konkreten politischen

1 Nachträglich wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß der als Herausgeber der Marx'schen Frühchriften bekannt gewordene Siegfried Landshut, den die Universität Hamburg 1933 vertrieben hatte, dort seit 1951 ebenfalls einer Lehrstuhl für Politische Wissenschaft innehatte. (Rainer Nicolaysen und Siegfried Landshut, *Die Wiederentdeckung der Politik*, 1997). Auch der Lehrstuhl Wolfgang Abendroths in Marburg trug zeitweise die Bezeichnung „Wissenschaft von der Politik“.

Themen. Denn – um da keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen – Bergstraesser war auch z.B. einer der Begründer der Disziplin Internationale Beziehungen in der Bundesrepublik – als erster Herausgeber der bis heute bestehenden „Jahrbücher“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik –, arbeitete und lehrte also sehr wohl auch empirisch und gewissermaßen „traditionell“. Mir dedizierte er damals zur Begründung unserer Lehrer-Schüler-Beziehung einen Goethe-Aufsatz mit der Widmung „Herrn Ekkehart Krippendorff zu seinen Bemühungen um eine geistig verstandene Politik. A.B.“ Mehr als dreißig Jahre später schrieb ich mein erstes Goethe-Buch.

Die Kritik selbst bedarf der Kritik

Aber welcher Abstand trennt unsere heutige Disziplin von solcher „geistig begründeten“ Politik und Politikkritik! An die Hoffnung und Erwartung, mit der Etablierung des neuen Faches in Deutschland nach der Katastrophe einen Paradigmenwechsel der Politik aus dem Geiste der Aufklärung und des Weimarer Humanismus einzuleiten, erinnert so gut wie nichts und niemand mehr. Meine eigenen bescheiden-unbescheidenen Bemühungen der letzten fünfzehn Jahre, an diese Tradition heute wieder anzuknüpfen, sie auszuarbeiten, zu erweitern und zu vertiefen, haben innerhalb der Disziplin bisher kaum Resonanz gefunden. Es wurde freundlich-milde belächelt, daß „Krippendorff sich mit Goethe – oder Shakespeare oder Verdi – beschäftigt“. (Eigentlich sollte er lieber Einführungskurse machen...) Unsere Politologie hat ihre humanistische Herkunft und ihre Fundierung in einer demokratischen Ethik als Antwort auf den totalzerstörerischen Nihilismus des Nazismus weitgehend vergessen und verdrängt – ihr bisweilen noch erinnertes frühes Selbstverständnis als „Demokratiewissenschaft“ ist davon nur als eine rudimentäre Verkürzung übriggeblieben. Jenes mögliche andere Erbe wurde nicht zuletzt begraben unter den Anstrengungen einer Normalisierung des Faches im Kontext der Stabilisierung der restaurierten bundesrepublikanischen Gesellschaft und ihres Staates. Die zweite Politikwissenschaftler-Generation richtete ihre Karrieren und die junge Disziplin an der angelsächsischen bzw. US-amerikanischen „Political Science“ aus als *dem* wissenschaftlichen Standard – und ich muß autobiographisch-selbstkritisch hinzufügen, daß ich dazu nicht unwesentlich aktiv beigetragen habe: Mein erstes Buch, entstanden vor dem Hintergrund der enormen emanzipatorischen Freiheitserfahrung, die ein USA-Aufenthalt Anfang der 60er Jahre noch hatte, trug eben den Titel Political Science und versammelte exemplarische Texte, gemeint als methodisches Vorbild für die damals noch junge deutsche Disziplin. Leider ist diese Saat inzwischen in einem geradezu verhängnisvollen Umfange aufgegangen und hat jene geistigen Begründungen der Politik, die den Humus für ihre Kritik ausmachen, weitgehend unter Empirismus und Positivismus begraben (wohinter sich immer auch zugleich, wenn nicht gar primär, akademischer Opportunismus verbirgt: Substanziell kritische Positionen und Fragestellungen sind, nach ihrer kurzen karriereförderlichen Blütezeit zu Beginn der 70er Jahre, eher hinderlich auf dem Weg ins wissenschaftliche Establish-

ment). Dabei haben wir uns hierzulande nicht, was ja auch denkbar gewesen wäre, das lebendige kritische Potential der amerikanischen Sozialwissenschaften angeeignet – an großen amerikanischen Radikalen wie C. Wright Mills oder Noam Chomsky hat sich keiner unserer etablierten amerikophilen Soziologen oder Politologen produktiv orientiert.

Aber selbst wenn: Mir scheint, die Kritik selbst – die kritische Politikwissenschaft zuvörderst – bedarf der Kritik, denn sie ist in ihrer heutigen Form stumpf geworden. Dort, wo sie innerhalb der sozialwissenschaftlichen Disziplinen noch als ruhe- und konsensstörend abgewiegelt wird und ihren potentiellen Protagonisten prophylaktisch mögliche Karriereschwierigkeiten signalisiert werden (die der wissenschaftliche Nachwuchs dann antizipierend verinnerlicht, indem er sich beizeiten stromlinienförmig anpaßt), sind solche Sensibilitäten des Establishments heute fast durchweg Atavismen. Ebenso wenig wie die mittels der paranoiden Berufsverbote blockierten „Radikalen im öffentlichen Dienst“ je auch nur entfernt eine Gefahr für die Stabilität der Bundesrepublik dargestellt haben, ging und geht heute von einer systemimmanent kritischen Politikwissenschaft eine Bedrohung für irgendjemanden aus. Was Herbert Marcuse vor dreißig Jahren auf den Begriff der „repressiven Toleranz“ brachte, hat sich inzwischen als postmoderne Kultur des „anything goes“ ausgebreitet und alle Bereiche von Politik und Gesellschaft durchdrungen. Die traditionelle aufklärerische Kritik auch der Politikwissenschaft basierte ja doch auf der schlichten Voraussetzung einer wachsaamen und aktiven Öffentlichkeit, die auf jeden Nachweis von mehr oder minder substanziellen Widersprüchen zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen empirischer Evidenz und behaupteter Absicht im Handeln der politischen Klassen und Repräsentanten mit einem „Aufschrei der Empörung“ reagiert, die Machthaber zur Rechenschaft und dann entweder zu einem Kurswechsel oder zum Machtverzicht zwingt. Diese Annahme aber scheint nicht mehr – oder immer weniger – haltbar.

Dafür, daß die wache, kritische, demokratische Öffentlichkeit sich auf dem Rückzug befindet und zunehmend von einer solchen ersetzt wird, die unterhalten werden will, die die Politik vor allem als Schauspiel auf einer Fernseh Bühne wahrnimmt und sich zu ihr entsprechend verhält, gibt es reichliche Indizien und überzeugende wissenschaftliche Analysen. Was jedoch fehlt – und es sollte eine Maxime jeder Kritik sein, immer auch und zuerst die eigene Rolle und Mitverantwortung für einen beklagten Zustand zu reflektieren – ist das m.E. notwendige Eingeständnis, daß unsere Disziplin selbst einen nicht unbeträchtlichen Anteil daran gehabt hat und weiterhin hat, diese Öffentlichkeit zu entmündigen, indem sie sie zur realpolitischen Passivität erzogen und damit den Boden bereitet hat, auf dem die Polit-Unterhaltungsindustrie gedeihen konnte. Es hat sich, ähnlich wie beim Sport, der Politik gegenüber eine Art „Zuschauermentalität“ ausgebreitet, der eine auf Neutralität und Distanz bedachte Politikwissenschaft ungewollt zuarbeitet, wenn sie sowohl eine klare und deutliche Sprache scheut (Max Weber z.B. hatte noch den Mut, die deutschen Regierenden des Ersten Weltkrieges „eine Horde Irrsinniger“ zu nennen), als auch immer weniger den Mut zu Urteilen aufbringt. Zwei Seiten der selben Medaille: die szientifistische Sprache verdrängt die Urteilskraft, so wie der Verzicht auf das Urteil durch eine sterile Sprache kompen-

siert wird. Die Befähigung zum Urteil jedoch ist die wichtigste republikanische Qualifikation, die Öffentlichkeit dazu auszubilden die wichtigste Aufgabe Politischer Wissenschaft. Aber wir haben es – mit – zugelassen, daß aus dem immer zu begründenden Urteil die beliebige und unverbindliche Meinung als Orientierungsnorm der Politik geworden ist, der Umfrageforscher und Politiker gleichermaßen hinterherrennen. Von einer Urteilsforschung, die ja die „Wahrheitsfrage“ bei der Bewertung der Politik wenigstens zu berücksichtigen hätte, hat unsere Wissenschaft anscheinend noch nichts gehört.

Zu exemplifizieren wäre diese Mitverantwortung der Wissenschaft für die fatale Zuschauermentalität an Studium und Lehre der Internationalen Beziehungen, einem meiner eigenen Arbeitsgebiete. Vierzig Jahre Kalten Krieg haben wir hinter uns – aber in den zehn Jahren seither keinerlei systematische Selbstkritik geleistet an den Kategorien, Methoden, Begriffen und der Sprache, mittels derer diese ungeheuerliche Pathologie in die Köpfe der Menschen gepflanzt wurde: waren doch vom gebildetsten Meinungsmacher bis hin zum letzten Zeitungsleser „alle“ davon überzeugt, daß der „Rüstungswahnsinn“ eben kein Wahnsinn, sondern rationale Politik sei. Die politischen Klassen in Ost und West hätten diese höchst erstaunliche Leistung, die unglaublichsten Absurditäten als die Staatskunst der Sicherheitspolitik zu verkaufen, ohne die Unterstützung der Wissenschaft nicht zustande gebracht. Und es waren recht eigentlich Politikwissenschaftler in vorderster Front, die sich jene abenteuerlichen Gedankenkonstruktionen und Theorien der „Abschreckungspolitik“ in allen ihren Facetten überhaupt erst ausgedacht hatten, darüber Bücher, ja ganze Bibliotheken vollschrieben, Konferenzen und Seminare abhielten, um dieser „Logik der Unvernunft“ dann über ihre Studenten, die später Journalisten und Außenpolitikexperten wurden, öffentliche Akzeptanz zu verschaffen. Wir mögen heute, wo wir „noch einmal davongekommen“ scheinen, darüber lächeln und zu neuen Tagesordnungen übergehen – aber nichts wäre verhängnisvoller.

Nur wer es ernst nimmt, daß die ganzen 80er Jahre hindurch in den USA jeden Monat eine „Raketenbedrohungskonferenz“ abgehalten wurde, die die Einsatzbereitschaft und Zielplanung für 12 500 Atomwaffen (alle mit mehrfacher Hiroshima-Sprengkraft) überprüfte – spiegelbildlich dürfte dasselbe in der Sowjetunion stattgefunden haben – und die damit die amerikanische Politik mit technischer Präzision und ohne Skrupel (die kamen einigen Wenigen erst nachträglich, als sie aus dem Amt geschieden waren und ihnen aufging, was sie da getan hatten) auf den nuklearen Weltuntergang ausrichtete: Nur wer sich das so konkret wie möglich in allen Details und Konsequenzen des ständig geplanten Ernstfalls vorstellt, der beginnt etwas von der sogenannten *Außen- und Sicherheitspolitik* zu verstehen als einer hochgradig krankhaft-kriminellen Veranstaltung gefährlicher Geisteskranker (*MAD* – zu deutsch: *verrückt* – lautete bezeichnenderweise die Abkürzung für jene Abschreckungsstrategie, die *Mutually Assured Destruction* versprach). Nach einem kurzen Interludium hat die amerikanische Regierung unter Clinton ihr Atomrüstungsprogramm wieder voll in die strategische Linie des Kalten Krieges gebracht und „modernisieren“ die russischen Strategen ihrerseits ihre atomare „Abschreckung“ (wie es scheint aus der Furcht: „Nach Serbien sind wir dran“) – von China, Indien, Pakistan etc.

gar nicht zu reden. Man kann davon bisweilen und bei genauem Hinsehen in den zugänglichen Zeitungen lesen, auch mit kritischem Ton berichtet. Aber welche wissenschaftliche Kritik nennt diese „Politik“ bei ihrem wahren Namen, erkennt dies als die rationale Planung von Verbrechen, als Dummheit in intelligenter Potenz, nicht den Namen und die Würde des Begriffs Politik verdienend, sondern nur mit klinischen Kategorien zu verstehen und zu verurteilen? Geben wir unseren Studierenden die intellektuellen Werkzeuge, die Maßstäbe und die analytischen Kategorien mit, die es ihnen erlauben, den Sachen auf den Grund zu gehen, nicht nur deskriptiv zu arbeiten und ihre angelesene Empirie dann mit bedeutend klingenden Begriffen zu schmücken, sondern auch den Mut zum klaren Urteil zu entwickeln? Lehren wir – sofern wir es selbst praktizieren – das Kantsche *Sapere aude*: Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen?

Über die Naivität

Nirgendwo ist die Versuchung so groß wie in der Politik, offensichtlich Irrationales als Vernunft auszugeben, die ungeheuerlichsten Absurditäten in staatsmännisches Handeln umzuerklären. Ja, die Politikwissenschaft scheint geradezu von diesem verhängnisvollen Geschäft zu leben. Sie treibt es dem/der jungen Studierenden aus, so naive Fragen zu stellen (um bei der aktuellen Außenpolitik zu bleiben) wie die, warum die mühsam bewilligte europäische Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau des kriegsverwüsteten Bosnien gerade mal so viel ausmacht wie ein einziger NATO-Kriegstag gegen Serbien, für den wiederum kein Parlament oder Ministerrat je eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufgestellt hat und in dem wirtschaftliche Anlagen zerstört wurden, die anschließend zum dreifachen Preis mit internationaler Hilfe wieder aufgebaut werden müssen, während das jugoslawische Militär, das erklärte Ziel der Angriffe, überhaupt nur fünf Prozent des materiellen Schadens erlitten hat. Am Ende erklärt die politikwissenschaftliche Analyse alles – und versteht nichts. Nirgends scheint gesunder Menschenverstand, eine unverstellte Vernunft so wenig tauglich zum Verstehen der Wirklichkeit wie in der Politik – und nirgends ist Vernunft zugleich doch so lebensnotwendig: Denn Politik im ursprünglichen Sinne dieser ungeheuren Erfindung hieß doch vor zweieinhalbtausend Jahren und heißt noch immer nichts Geringeres als die Selbstbestimmung von Bürgern in ihrem Gemeinwesen durch den selbständigen Gebrauch ihrer Vernunft.

Was die Politikwissenschaft verlernt hat und fast durchgängig nicht mehr lehrt, ist die Legitimierung direkter, naiver Fragen – die Fragen des Sokrates oder auch die Brechtschen des lesenden Arbeiters. Denn natürlich ist es „naiv“, wenn zeitunglesende Studierende beispielsweise die 1,2 Mio. aus Steuergeldern bezahlten Mark, die eine einzige Bundeswehrrakete kostet, in Beziehung setzen zu den eingesparten 600 DM, die für Tutoren oder Bibliotheksaufsichtsstellen nicht mehr vorhanden sind, und wenn er/sie dann weiter liest, daß die Bundeswehr in Jugoslawien 240 solcher Raketen u.a. auf Krankenhäuser, Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Kirchen und Museen verschossen hat, die dem-

nächst auch mit deutschen Steuergeldern wieder aufgebaut werden müssen. Natürlich ist es „naiv“, zu fragen, was damit gewonnen ist, wenn für sieben Milliarden (von den nicht berechenbaren ökologischen Kosten abgesehen) eine Magnetbahn von Berlin nach Hamburg gebaut werden soll, damit einige Bankiers, Manager oder Spitzenbeamte eine Stunde Wegzeit einsparen. Und „naiv“ ist es ebenso selbstverständlich, dieses Projekt auf seine demokratische Legitimation hin zu befragen und den Protestunterschriften von mehr als 100 000 Bürgerinnen und Bürgern gegenüber dem Sachverstand der Regierenden irgendeine Bedeutung beizumessen. Politologen haben zu verstehen – und den BürgerInnen als professionelle Publizisten, Journalisten oder auch Politiker dann zu erklären – daß z. B. ein Militär-, pardon: Verteidigungshaushalt des Bundes nichts mit dem Wissenschaftsetat der Länder zu tun hat und daß wir in einer repräsentativen Demokratie leben, in der die Parlamente und nicht die BürgerInnen direkt entscheiden. Es ist „naiv“ zu erwarten, daß die Regierenden ihren WählerInnen die Wahrheit über die enormen Probleme und potentiellen Katastrophen sagen, die auf uns in Wirtschaft und Ökologie zukommen, wenn nicht ein ernsthafter Kurswechsel mit Reduktion eines offensichtlich überhöhten Konsumismus, genannt „Wohlstand“, versucht wird, weil sie ja alle entweder gewählt oder wiedergewählt werden wollen – und die Politologie wird dieses Leben in der Lüge als den für die Demokratie zu zahlenden Preis wissenschaftlich begründen und rechtfertigen.

Mein zweiter politikwissenschaftlicher Lehrer, ich erwähnte es schon, war Theodor Eschenburg² in Tübingen, zu dem mich Arnold Bergstraesser selbst hingeschickt hatte. Hatten wir in Freiburg über Politisches literarisch und philosophisch diskutiert (mein erstes Referat hatte ich über die Marxschen Frühschriften gehalten), eröffnete Eschenburg das erste Seminar, das ich bei ihm besuchte, mit der Frage: „Hat Premierminister Macmillan vom Froschmann Crab etwas gewußt oder nicht?“ Natürlich fiel ich da aus allen Wolken geistig begründeter Politik (es ging damals, 1956, um einen dramatischen Zwischenfall während des ersten sowjetischen Flottenbesuchs in England, den der englische Geheimdienst dazu benutzt hatte, einen Taucher – den „Frogman Crab“ – zur Entdeckung möglicher kriegstechnologischer Geheimnisse unter den Kiel des sowjetischen Kreuzers zu schicken, von wo er mysteriöserweise nur als geköpfte Leiche wieder auftauchte) – und lernte hier eine andere Lektion: Die Pflicht der Politik zur Einhaltung ihrer eigenen Gesetze und Regeln; die konfliktkanalisierende und friedensermöglichende Rolle von Institutionen; daß Politik etwas mit Dienen und Amtsverantwortung zu tun hat; daß Verfassungen respektiert werden müssen, wenn sie die Freiheit aller sichern sollen, und nicht „oben“ anders und großzügiger ausgelegt werden dürfen als „unten“ (um solche Amtsverantwortung war es damals bei der Frage gegangen, ob ein Premierminister darüber informiert sein muß, was sein Geheimdienst tut – Eschenburg eröffnete jedes Seminar mit einer Grundsatzfrage aus der Tagespolitik); daß Korruption – die Vorteilnahme im Amt, aber auch und gefährlicher weil subtiler die Arroganz der

2 Zwei Tage nach diesem Vortrag, den ich ihm noch eine Woche zuvor geschickt hatte, starb Theodor Eschenburg am 10. Juli – so ist aus diesen Passagen ungewollt, aber nicht zufällig ein Stück Nachruf geworden.

Macht als eine ihrer vielen Erscheinungsformen – die größte Bedrohung für Rechtsstaat und demokratisches Regieren darstellt.

Es gibt so etwas wie eine Moral behördlicher Korrektheit des politischen Handelns, das Ethos der Transparenz, das nicht zuletzt den gesellschaftlich Schwachen zum Schutze dient. Ich selbst habe von Theodor Eschenburgs rigoroser Institutionen-Ethik profitiert: Als mich die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Freien Universität 1970 bei der Habilitation durchfallen ließ, war mein Lehrer so empört über dieses offensichtlich politisch motivierte Votum, daß er mich zur Habilitation nach Tübingen einlud – und als dort auch einige Fakultätskollegen gegen den „linksradikalen Krippendorff“ protestierten, erklärte er ihnen mit der ihm eigenen großen Autorität kurzerhand, sie hätten nicht die Politik des Habilitanden zu bewerten (mit der er selbst alles andere als einverstanden war!), sondern nur seine wissenschaftliche Leistung. Auf diese Weise wurde ich dann knapp zehn Jahre später für die FU doch noch gerade so eben wieder akzeptabel. – Aber das Grundsätzliche sei auch hier nicht aus den Augen verloren: In der realistisch-empiristischen Politologie wird uns begrifflich beizeiten die natürliche Differenz zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit beigebracht, und daß das Studium der Politik die Letztere, also die „Wirklichkeit“ zum Gegenstand habe. Tatsächlich gehört das Grundgesetz, dessen 50. Geburtstag derzeit überall publizistisch gefeiert wird, zu den bei PolitologInnen eher ungelesenen Texten. Politik als Selbstbestimmung und Selbstregierung von Bürgerinnen und Bürgern eines Gemeinwesens ist ohne Normen – geschriebene, aber ebenso ungeschriebene – nicht möglich, und die Rolle der Wissenschaft von der Politik besteht auch darin, immer wieder unerbittlich auf der Normativität im politischen Handeln zu bestehen, Maßstäbe zu setzen bzw. die gesetzten Maßstäbe einzuklagen. Zwar lebt sie von der Diskrepanz zwischen Sein und Sollen, Recht und Wirklichkeit, öffentlicher Bekundung und realer Praxis – fiele beides zusammen bestünde die Welt aus Engeln und wäre Erkenntnisarbeit weder möglich noch überhaupt nötig –, aber ihre intellektuelle Würde und wissenschaftliche Rechtfertigung als akademische Disziplin bezieht die Politologie aus eben jener Aufgabe, über die Moral der Politik und der politischen Klasse zu wachen. Sie ist entweder eine Ethik-Disziplin oder gar keine. Damit hatte das öffentliche Philosophieren des Sokrates begonnen, das lehrt uns die Leidenschaft der politischen Analyse eines Max Weber, aus diesem Impuls war die Wissenschaft von der Politik nach der deutschen Katastrophe entstanden und hatte sie ihre ersten Schüler rekrutiert.

Darum machen wir uns mitschuldig an der politisch-geistigen Misere und den sich häufenden Katastrophen in Ökologie und Apparate-Welt (von Krieg, Gewalt und Hunger ganz zu schweigen), für die unmittelbar die Arroganz der Herrschenden in Chefetagen und Ministerien mit Namen und Adresse, mittelbar aber auch wir verantwortlich sind, wenn wir Symptome kritisieren, ohne Ursachenforschung zu betreiben im Sinne der Aufdeckung jener Unvernunft, die in den Strukturen der Herrschaft von Menschen über Menschen angelegt ist.

„Warum wurde mir nicht die Gedankenkraft, die geschändete Menschheit zu einem Aufschrei zu zwingen? Warum ist mein Gegenruf nicht stärker...?“ fragte sich Karl Kraus angesichts des Ersten Weltkrieges, mit dem die Katastrophen

des 20. Jahrhunderts eingeleitet, von dem sie ausgelöst wurden. Die politikwissenschaftliche Disziplin ist international gesehen ein Produkt desselben Weltkrieges (auch die Berliner Hochschule für Politik). Wir müssen uns der Frage stellen, warum es trotzdem zu den nachfolgenden politischen Katastrophen gekommen ist. Wann und wo haben die Vertreter unserer Disziplin wenigstens versucht, haben sie es überhaupt als unsere Aufgabe erkannt, „die geschändete Menschheit zu einem Aufschrei zu zwingen“? – was ja nur ein kräftigeres, vielleicht angemesseneres, in jedem Falle leidenschaftlicheres Wort ist für Aufklärung, für das *Sapere aude*. Versuchen wir es, erkennen wir es heute? Ich glaube, daß wir angesichts der inmitten unseres Wohlstandes sich verdunkelnden Horizonte allen Grund haben, mit uns unzufrieden zu sein.

Und zwar unzufrieden nicht nur wegen fehlender Radikalität und fehlendem Mut zum Urteil. Der „Mut“, von dem hier unter Berufung auf Kant appellativ die Rede ist, ist weniger eine Charakterfrage als ein wissenschaftsimmanentes Problem: Diese Wissenschaft ist – wiederum nicht ohne unser aller Zutun – sprachlich derart verarmt, daß wir vieles, was wir wissen und eigentlich sagen möchten, nicht mehr ausdrücken können, weil uns die lebendige Sprache abhanden gekommen ist. Unsere Fachterminologie ist so dürr und kalt geworden, die Begrifflichkeit so starr und standardisiert, daß die in ihr formulierten Ergebnisse – die wissenschaftlichen Aufsätze, Publikationen und unzähligen Konferenzpapiere – untereinander geradezu austauschbar werden, in jedem Falle aber sich dadurch „auszeichnen“, keinen auch nur andeutungsweise persönlichen Stil, keine persönliche Schreib- und Ausdrucksweise mehr erkennen zu lassen.

Zwar ist es in allen Gesellschaften und Kulturen immer nur wenigen gegeben, das, was sie – oft stellvertretend für ihre Mitmenschen – sehen, fühlen und wahrnehmen auch in angemessene Worte zu fassen, Sprache werden zu lassen: Wir nennen sie dann unsere „Dichter“ oder wenigstens „Schriftsteller“. Aber die heutige Politikwissenschaft hat sich, wie mir scheint mehr noch als andere Sozialwissenschaften, um einem selbst schon extrem verengten und verkümmerten spätneuzeitlichen Begriff von Wissenschaft zu genügen, sprachlich in ein Gehäule zurückgezogen, in eine Begriffsfestung, von der aus sie die Wirklichkeit nur noch durch Sehschlitze wahrnimmt, also in verkümmerter, begrenzter und verkürzter Erscheinungsform. Nur über das, wofür sie ihre fachspezifischen Begriffe und Kategorien hat, kann und will sie ihre „wissenschaftlichen“ Aussagen machen, auch wenn die einzelnen Wissenschaftler selbst tatsächlich oft sehr viel mehr wahrnehmen und wissen – aber sie haben in der Regel nicht den Mut, diesen eigenen Wahrnehmungen zu vertrauen und nicht mehr die Sprache, ihnen Ausdruck zu verleihen.

Es geht hier nicht um eine Aufforderung zum Träumen mit geschlossenen Augen oder zur Entwicklung schöner Utopien: Politische, politikwissenschaftlich kontrollierte Phantasie ist vielmehr eine absolut lebensnotwendige Ressource im Umgang mit den vielen dramatischen Problemen der Zeit, zu deren „Lösung“ der Rekurs auf die traditionellen Instrumente und Methoden immer weniger beizutragen vermag. Konkret und an den Anfang meiner kritischen Unzufriedenheit zurückkehrend: Die Tatsache, daß eine kriminelle Regierungspolitik mitten in Europa keine anderen Interventions-, also „Einmischungs“-Methoden

von seiten der demokratischen Gesellschaften provoziert hat als die militärischen, ist ein eklatantes Beispiel für nicht mobilisierte zivile Phantasie. Was wäre da nicht alles planspielerisch möglich gewesen, um jenes Regime und seine Exekutoren aufzuhalten und von einem verführten Volk zu trennen, um es dann zu stürzen: Eine Strategie totaler internationaler Isolierung; eine massive Aufklärung der desinformierten Bevölkerung über die Verbrechen, die in seinem Namen begangen werden, mittels einfallsreicher Formen der Kommunikation (Flugblätter, mobile Fernseh- und Rundfunkstationen); eine systematische Verwarnung aller militärischen Einheiten, sich an keinen Vertreibungsaktionen oder anderen Kriegsverbrechen zu beteiligen, bei gleichzeitiger Ankündigung internationaler Prozesse; die Errichtung internationaler Tribunale für Minderheitenschutz unter der Voraussetzung gewaltfreien Widerstandes gegen Unterdrückung; der Einsatz jener Tausende von jungen Leuten, die in den letzten Jahren politische Mediation gelernt und geübt hatten – kurz: zu jeder Form der Gewalt gibt es – wenn wir es uns selbst gestatten, politische Phantasie zu entwickeln – zivile, gewaltfreie Alternativen.

Es darf, ja es muß daran erinnert – und wieder angeknüpft – werden, daß die buchstäblich dramatische Erfindung und Entdeckung der Politik in den griechischen Poleis des 6. vorchristlichen Jahrhunderts (sie war „dramatisch“ auch insofern, als sie sich auf der Bühne vollzog und durch die Tragödie sanktioniert wurde) ein Phantasieprodukt zur gewaltfreien Konfliktlösung ohne historische Vorbilder war. Und so muß die Politik immer wieder neu erfunden, immer wieder neu entdeckt werden. Ihr potentieller Formenreichtum ist unendlich vielgestaltiger, als es eine sich selbst beschränkende und sich die eigene kreative Phantasie verbietende Politologie derzeitiger Lehre und Forschung zu erkennen bereit und in der Lage ist. Das bedeutet auch, auf das zu hören, das aufzunehmen, was außerhalb des Faches politisch gesehen, gedacht und in vielgestaltiger Weise z.B. in „neuen sozialen Bewegungen“ gelebt wird. Goethe war der Meinung, es sei „niemand, der nicht seinen Beitrag den Wissenschaften anbieten dürfte. Wie vieles sind wir nicht dem Zufall, dem Handwerk, einer augenblicklichen Aufmerksamkeit schuldig. Alle Naturen, die mit einer glücklichen Sinnlichkeit begabt sind, Frauen, Kinder, sind fähig, lebhaft und wohlgefaßte Bemerkungen mitzuteilen.“

Ich schließe mit einem weiteren Goethe-Zitat. Es entstammt einer von mir zusammengestellten Sammlung seiner „Schriften zur wissenschaftlichen Methode“, die ich nicht zuletzt, ja eigentlich zuvörderst meiner Disziplin, meinen KollegInnen und StudentInnen hatte ans Herz legen wollen, was allerdings – auch das Grund für eine mildere Form von Unzufriedenheit – bisher kaum bemerkt worden ist: „Die Wissenschaft hilft uns vor allem, daß sie das Staunen, wozu wir von Natur berufen sind, einigermaßen erleichtere, sodann aber, daß sie dem immer gesteigerten Leben neue Fertigkeiten erwecke, zu Abwendung des Schädlichen und Einleitung des Nutzbaren.“